

Gemeinderat von Zürich

17.01.2007

Postulatvon Dr. Guido Bergmaier (SVP)
und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Kostenaufwand für Jungbürgerfeiern, die von Quartiervereinen organisiert werden, vollumfänglich abgegolten werden kann.

Begründung:

Die Zürcher Jungbürgerfeiern haben eine wechselvolle Geschichte. Konzentrierte Durchführungsarten machten dezentralen Feiern Platz und umgekehrt und ständig wurde und wird nach besseren Lösungen gesucht (siehe Interpellation 2005/78).

Es gibt heute ideenreiche Quartiervereine, deren Feiern mit einem attraktiven Programm bei den Jugendlichen Anklang finden. Störend ist dabei aber, dass diese Quartiervereine teilweise für die Unkosten selbst aufkommen müssen. Bedenkt man, dass diese ehrenamtlich geführten Vereine ihrerseits selber auf private Spenden und Gönner angewiesen sind und diese Beiträge auch noch von quartieransässigen Vereinen stammen, die selber um ihr Einkommen betteln müssen, dann mutet dies in verschiedener Hinsicht seltsam an.

Jungbürgerfeiern zur Aufnahme unserer volljährig gewordenen Jugendlichen in die Erwachsenenwelt sind primär eine würdige und schöne Aufgabe des Staatswesens. Analog zur jährlichen städtischen Aufnahmefeier für frisch eingebürgerte Ausländer wäre es wohl angebracht, dass die Stadt auch für den "Empfang" ihrer neuen Bürger und Steuerzahler vollständig aufkommen würde. Sind es doch gerade die an der Gesellschaft und am politischen Leben interessierten jungen Leute, die sich zu diesen Jungbürgerfeiern anmelden. So ist beispielsweise in Höngg und Oberstrass der Anteil etwa bis zu 30% der dazu Angeschriebenen im Vergleich zu Einbürgerungsfeiern (20-21%) recht erfreulich.

Eine volle Kostenübernahme durch die Stadt (etwa nach vorgelegter Abrechnung durch die Quartiervereine für eine bescheidene, sparsame und trotzdem attraktive Feier mit interessanten kulturellen und informativen Programmteilen, Begrüssung durch eine städtische oder politische Vertretung und einem einfachen Nachtessen) sollte wie früher z.B. dem Freien Kredit des Stadtrates oder der Kulturförderung o.ä. belastet werden können.



Handwritten signatures of Guido Bergmaier and Bernhard im Oberdorf.